

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 11-12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Welches „Wort“ sollen sie auch verkündigen? Philosophie? Naturwissenschaft? Dichtung? Poesie? In dem allem wäre nur dann Religion, wenn es Sehnsucht nach Gott weder oder Wege zu Gott weisen könnte. Das wird selten genug der Fall sein. Und von den Zuhörern werden die Christen nach wie vor Bibeltexte verlangen, die Freigeister Darwin oder Nietzsche, die Materialisten Haedel und die Gottlosen Lenin.

Und das Gebet?

Man darf sich nur neben dem christlichen Gebet etwa einen Haedel-schen Kernsaß oder eine bolschewistische Phrase denken, um den Widersinn der Wortfreiheit für die Kirche in aller Schärfe zu empfinden.

Nein, es ist nichts damit.

Die Kirche wird nur mit der Bibel leben und an ihr sterben.

Und die kommende Menschheit muß Gott auf andern Wegen suchen, ob sie will oder nicht. Das neue „Wort“ darf nicht starr und dogmatisch fluchen oder segnen, strafen oder seligkeitstrunken verheißen. Es muß ein lebendiges, wachsendes Wort sein: Erkennen, nicht in auflösender Berglie-derung, sondern im tiefsten Sinne aufbauend und zusammenschauend, Er-kenntnissen auch der Grenzen, wo das Wissen aufhört und das Ahnen beginnt, wo der Schrei aller Kreatur in die Ewigkeit ruft und sehnfütig auf eine Antwort wartet...

Dieses Wort bedarf auch keines Verkünders, weil alle es erleben und seiner Wahrheit inne werden, alle an seiner Bereicherung mitarbeiten. Es altert nicht und stirbt nicht, weil es sich mit jeder Jugend erneuert und in jedem jungen Herzen wiedergeboren wird.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Der Zusammenbruch einer illusionären Politik.

„Falls die japanischen Generalstäbler gehofft haben, ein eigenes Spiel in der Mandschurei spielen zu können, so ist diese Hoffnung bereits gründlich enttäuscht worden“. „Ein Streitfall, der vor dem Bestehen des Völkerbundes fast unvermeidlich zum Krieg geführt hätte, ist durch die Aktion des Völkerbundsrates der friedlichen Regelung entgegengeführt worden“. Derartige Vorschuhlorbeeren spendete man dem Völkerbund in unserer Presse im vergangenen Oktober und November. Heute kann man das Gegenteil davon hören. Da ist zu lesen von einer Diplomatie, die im Völkerbundsrat den japanisch-chinesischen Konflikt fünf Monate lang in einer Weise behandelt habe, „deren die Welt allmählich satt geworden ist“. Oder von der Resolution der eben vertagten außerordentlichen Völkerbunderversamm-lung, sie sei eine „brauchbare Ausflucht und Entschuldigung“, von der „selbst die Vertreter der sanftesten Richtung“ empfänden, daß „damit der Lage, die in der Mandschurei und um Schanghai besteht, nicht wirklich Genüge getan wird“ (NZZ). Wir hatten im letzten November geschrieben, daß es sich bei der Stellungnahme

zum ostasiatischen Konflikt weniger um eine Bewährungsprobe des Völkerbundes hande — weil der Völkerbund sich ja überhaupt noch in keiner ihm übertragenen Aufgabe wirklich bewährt habe —, als vielmehr um eine solche seiner einzelnen Anhänger. Haben diese die Bewährung nun bestanden, indem sie heute nicht mehr Dinge sehen, die nicht sind, und Dinge, die sind, nicht sehen wollen?

Der Völkerbundsrat wehrte sich anfänglich gegen die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung, indem er versuchte, China zum Rückzug seines Einberufungsantrages zu veranlassen. Nachdem sie unvermeidlich war, unternahm er selbst wenige Tage vor ihrem Zusammentritt eine neue Aktion — die Einberufung einer Rundtisch-Konferenz in Schanghai, die die Versammlung, wenn nicht überflüssig machte, so sie doch auf bestimmte Richtlinien festlegte. Schließlich wurde im letzten Augenblick auch noch versucht, den Versammlungsbeginn mit dem Hinweis auf eine neue Tatsache — die angebliche Einstellung der Feindseligkeiten — hinauszuschieben. Als die Versammlung dann tagte, konnte der Redeeifer ihrer Mitglieder sich ungehemmt entfalten. Nur beschließen durfte sie nichts, was den im Rate tonangebenden Mächten nicht genehm war. So vertagte sie sich schließlich, nachdem sie zwei Resolutionen gefaßt hatte, von denen die eine die kriegsführenden Parteien zur Einstellung ihrer Feindseligkeiten „einladiet“, die am Streitfall interessierten Großmächte um Zustellung zuverlässiger Nachrichten „ersucht“ und, nach Beendigung der Feindseligkeiten, die Einleitung von Verhandlungen „empfiehlt“, die bestimmt seien, den Rückzug der japanischen Truppen zu regeln. Von der Verlezung des Völkerbundesvertrages und anderer internationaler Bestimmungen, der Feststellung eines Angreifers, der Nichtanerkennung gewaltsam eroberten Gebietszustandes kein Wort. In der zweiten Resolution wird allerdings auf letzteren Punkt angespielt und „erklärt“, daß „die Mitglieder des Völkerbundes gehalten sind, keine Lage, keinen Vertrag und kein Abkommen anzuerkennen, die erzielt werden könnten durch Mittel, die im Widerspruch zum Völkerbundspakt stehen“. Aber auch das ist nicht die Feststellung, daß eine solche Lage bestellt, die durch Mittel geschaffen worden ist, die im Widerspruch zum Völkerbundspakt stehen. Dafür enthält die Resolution den Besluß, ein Komitee aus 19 Mitgliedern einzusetzen, das aus den zwölf Ratsmitgliedern (außer den Streitparteien) und sieben Mitgliedern der Versammlung besteht. Also eine Kommission mehr, von der man zum voraus weiß, daß sie nichts anderes tun wird, als was der Rat auch getan, bezw. nicht getan hat. Was vom Vertreter Frankreichs und Englands in der Versammlung selbst vorgebracht worden ist: das bisherige Vorgehen des Rates sei das einzige richtige; auch die Versammlung habe sich nicht über die sachlichen Grundlagen des japanisch-chinesischen Streitfalles auszusprechen; im übrigen könne, solange eine Untersuchung schwäche, nicht geurteilt werden, und was der Ausflüchte mehr sind — all das hat die Versammlung getreulich bestätigt und befolgt und damit den erneuten Beweis geliefert, daß sie kein Organ mit eigenem Willen, sondern ein bloßes Werkzeug der im Rate sitzenden Großmächte ist.

Wieso ist es denn überhaupt zu dieser außerordentlichen Versammlung gekommen? Auch China, das den Antrag dazu gestellt hatte, wird sich nie der Täuschung hingeben haben, daß machtmäßig die Versammlung mehr ausrichten könnte als der Rat und von ihr eine unmittelbare Einwirkung auf den Gang der Ereignisse zu erwarten sei. Für China bedeutete denn auch ihre Einberufung lediglich ein Glied in einem diplomatischen Kampf, der neben den kriegerischen Auseinandersetzungen von Anfang an einherging. Die Völkerbundesversammlung als die oberste Instanz, die es heute im zwischenstaatlichen Leben gibt, sollte, wie es Wortlaut und Geist des Völkerbundesvertrages fordern, feststellen, wer in dem tatsächlich in Ostasien bestehenden Krieg der Angreifer war, bezw. die internationalen Pflichten verletzt hatte und, wenn der Völkerbund auch machtmäßig dieser Verlezung nicht wirksam entgegentreten konnte, wenigstens allen Eroberungen des

Angreifers die Rechtmäßigkeit und künftige Rechtsgültigkeit absprechen und damit Chinas künftigen Rechtsanspruch auf diese Gebiete sicherstellen.

Unterstützung fand die Absicht Chinas vor allem bei den in der Versammlung vertretenen Mittel- und Kleinstaaten. Bestimmend war für diese dabei einmal die Sorge um das Ansehen und den künftigen Weiterbestand des Völkerbundes. Begrüge sich die Versammlung diesmal mit halben Maßnahmen, dann werde der Völkerbund künftig zu bestehen aufhören. Solche und ähnliche Äußerungen bekam man zahlreich zu hören. Es war aber auch die Sorge um das, was man als Sieg des Rechts über die Gewalt durch Errichtung des Völkerbundes bezeichnet hatte und wovon gerade die Kleinstaaten einen wirksameren Schutz ihrer staatlichen Sicherheit erwarteten. Wenn sich der Völkerbund jetzt nicht offen auf Seite des Wehrlosen und Überfallenen stelle, bedeute das, daß auch künftig der Wille zur Macht und nicht das durch keine Macht geschützte, unverteidigte Recht das Zusammenleben der Völker beherrschen und regeln werde.

Man sollte nur eins bedenken: daß der Völkerbund in den zwölf Jahren seines Bestehens überhaupt noch nie eindeutig die Partei des Schwachen ergriffen, sondern im besten Fall eine Zwitterstellung eingenommen hat, durch die der Schwache und Angegriffene nicht ganz Unrecht bekam, die den Starken und Angreifer aber tatsächlich im Genusse seines gewaltsam errassten Besitzes beließ. Eupen-Malmedy, Saargebiet, Danzig, Oberschlesien, Wilna, Korfu, Kuhreinfall, Zollunion, Mandatsverwaltung, Minderheitenschutz (und vielleicht auch einmal die Gener Zonenordnung) sind Merkmale dieses Weges des Völkerbundes. Da und dort mögen jeweils Anlässe zum Protest gegen diese Rechtsbeugungen, Pflichtversäumnisse oder Gewalthandlungen vorhanden gewesen sein. Immer aber hat sich die Welt schließlich mit ihnen abgefunden, genau wie sie sich jetzt auch mit den Verhältnissen abfinden wird, die Japans Angriff auf China in Ostasien geschaffen hat; es wäre denn, daß diese Verhältnisse von den unmittelbar davon betroffenen Großmächten auf die Dauer als unerträglich empfunden und von ihnen daher bei Gelegenheit mit Gewalt wieder rückgängig gemacht würden.

Weiter sollte man aber bedenken, daß es die Großmächte sind, auf denen die letzte Verantwortung dafür ruht, ob der Friede gewahrt oder gebrochen wird, und daß deren Völker auch allein, oder wenigstens zur Haupttache, die Opfer und Lasten für die großen Entscheidungen der Weltgeschichte tragen. In Genf für Friede, Recht und Sühne gegen den Friedens- und Rechtsbrecher einzutreten, bedeutet, gar wenn der Staat, gegen den man protestiert, eine Macht im fernen Osten ist, noch keine besonders heroische oder opfermutige Politik. Die Begeisterung dafür würde sicherlich auch in unserm Land sehr schnell abnehmen, wenn es ernst damit würde und die Schweiz mit einigen Regimentern Soldaten oder wenigstens mit einem Kostenbeitrag von einem halben Hundert Millionen Franken am Sühnekrieg gegen Japan teilnehmen müßte. Selbst die Beteiligung am wirtschaftlichen Sühnekrieg, die für unsere Exportindustrie möglicherweise den dauernden Verlust des japanischen Absatzmarktes zur Folge hätte, würde schon als ein sehr schweres Opfer erscheinen, dessen Richtigkeit vor allem in weitesten Kreisen kaum eingesehen würde.

Ein dritter Punkt aber muß schließlich noch in Berücksichtigung gezogen werden, wenn man zu einem abklärenden Urteil über die Großmächtediplomatie des letzten halben Jahres und, im Zusammenhang damit, über den mangelnden Willen und die Unfähigkeit des Völkerbundes zu entscheidendem Eingreifen verstehen will. Waren alle am augenblicklichen ostasiatischen Konflikt mittelbar beteiligten Großmächte bereit, es auf einen Austrag der dort umstrittenen Machtfragen mit Waffen Gewalt ankommen zu lassen, dann hätten wir heute nicht nur einen japanisch-chinesischen Krieg, sondern einen Weltkrieg. Da ein solcher Austrag aber mehreren Weltmächten augenblicklich nicht „paßt“, besteht ein starkes Bestreben, den japanisch-

chinesischen Krieg zu lokalisieren. Bekanntlich fehlte es auch im Sommer 1914 nicht an Bemühungen zur Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts. Da aber damals alle in Frage kommenden Großmächte zum Loschlagen bereit und gewillt waren, ließ sich der allgemeine Krieg nicht verhindern. Die Lage in Ostasien dagegen ist so, daß dort eine Großmacht die augenblickliche Schwäche oder Festgelegtheit anderer Großmächte ausnutzt, um ihre Führerstellung in Ostasien und ihre Weltgeltung entscheidend zu erweitern. Daß umgekehrt nicht alle beteiligten Großmächte gegen das Vorgehen Japans sind, geht aus der Wirkungslosigkeit aller bisherigen Bemühungen der Großmächtediplomatie zur Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Japan und China hervor. Herrschte nämlich unter allen andern Großmächten Einigkeit, dann wären sie durchaus im Stande, Japan zu einem Aufgeben des von ihm in Besitz genommenen chinesischen Gebietes zu zwingen, wie sie es zuletzt noch vor zehn Jahren durch den sog. Neunmächtevertrag vermocht hatten. Ob ihre Aktion dann als selbständiges Vorgehen der Großmächte, wie 1922, oder, unter Beiziehung der beiden Nichtvölkerbundsgroßmächte Amerika und Russland, als Völkerbundsaktion aufgezogen würde, käme für die Wirksamkeit derselben aufs gleiche hinaus. Den Ausschlag gibt eben, so oder so, nicht das Bestehen oder Nichtbestehen eines „Völkerbundes“, sondern allein die Kräftelage der Großmächte.

Der Vorwurf, die Sache des Völkerbundes und damit des Friedens und Rechts im Stich gelassen zu haben, ist in jüngster Zeit besonders gegen England erhoben worden. Nun gibt es zweifellos englische Interessen, die durch eine Stärkung Japans gefördert werden. Japan war für England jahrzehntelang der ostasiatische Degen gegen Russland. Auch bietet ein starkes Japan und, was heute wenigstens noch Hand in Hand damit geht, ein schwaches China für England die beste Gewähr für das Weiterbestehen seiner chinesischen Einflusszonen. Umgekehrt ist mit dem ungehemmten Emporsteigen der japanischen Weltmacht das Schicksal Australiens als englisches Dominion besiegt, abgesehen von der Rückwirkung eines immer mehr wachsenden Selbstbewußtseins der Asiaten auf Indien. Welche Erwägungen aber auch für England überwiegen mögen, im Augenblick ist wohl sein stärkstes Interesse die Lokalisierung des ostasiatischen Konflikts. Denn in einem erneuten Weltkrieg hat England nur zu verlieren, abgesehen davon, daß ihm das Geld zur Führung eines solchen fehlt. Neuen Besitz braucht es nicht; die Verteidigung des jetzigen fällt ihm gerade schwer genug.

Wenig aussichtsreich dürfte eine Ausdehnung des ostasiatischen Konflikts auch für Sowjetrussland sein. Seine innere Lage vertrüge sicherlich keine äußere Niederslage. Wie schwer es aber ist, in Ostasien militärische Erfolge einzuhemmen, hat Russland im russisch-japanischen Krieg von 1904/05 erfahren. Dazu wäre Russland, wenn es sich mit voller militärischer Kraft im Osten festlegen müßte, seiner Westgrenze gegen Europa nie sicher. Seine guten Beziehungen zu Deutschland bieten ihm in dieser Hinsicht keine Gewähr, denn Deutschland spielt heute als militärischer Machtfaktor keine Rolle.

Auch für Amerika steht die geringe Erfolgsaussicht eines militärischen Eingreifens in Ostasien wohl im Vordergrund seiner Erwägungen. Es hat bisher selbst von der Ergreifung wirtschaftlicher Maßnahmen abgesehen, weil nach einem Reuter-Telegramm aus Washington vom 28. Februar der Kriegs- und der Marine-sekretär befürchten, daß solche zu Feindseligkeiten führen würden. Dem will man aber entgehen. Auch Amerika scheint unbedingt für die Lokalisierung des japanisch-chinesischen Streitfalles zu sein. Unter anderm sicherlich auch, weil jede Ausdehnung desselben und sein voraussichtliches Überspringen auf Europa für Amerika den Verlust seiner europäischen Schuldenforderungen und Kapitalanlagen zur Folge hätte.

Daß Frankreich Japan bei seinem Vorgehen gegen China einen starken Rückhalt geboten hat und bietet, dürfte außer Frage stehen. Ob es, im Anschluß

daran, weitere Verwicklungen nicht ungern sehen würde, ist eine Frage für sich. Sicher ist nur, daß Frankreichs Stellung in Europa, so stark sie ist, keine endgültig gefestigte ist. Amerika und England haben ihm vor dreizehn Jahren die Gewährleistung dafür verweigert. Sie haben es gehindert, den Versailler Vertrag so auszugestalten, daß durch ihn Deutschlands Wiederaufstieg endgültig verunmöglich gewesen wäre. Was liegt näher, als in einem Augenblick, wo die angelsächsischen Weltmächte aufs schwerste in Ostasien festgelegt wären, daß Versäumte, vorerst vielleicht einmal nur mit wirtschaftlichen Kampfmitteln, nachzuholen? Zur Sicherheit eines die Vorherrschaft über Europa beanspruchenden Frankreich gehört übrigens auch ein positives Verhältnis zu Russland. Zur Zeit bieten zwar die militärischen Bundesgenossen an Deutschlands Ost- und Südostgrenze (Polen und die Kleine Entente) genügend Schutz. Aber wer weiß, ob es sich hier um auf Dauer gegründete Staatswesen handelt. Darum bedarf es eines Bündnisses mit einem vom Bolschewismus befreiten Russland. Den Anstoß zur Befreiung vom Bolschewismus könnte aber für Russland eine kriegerische Verwicklung in Ostasien geben.

Auf alle Fälle spielt die Rücksicht auf solche und ähnliche Ausbreitungsmöglichkeiten des japanisch-chinesischen Krieges in den augenblicklichen Überlegungen der entscheidenden Großmächte eine viel größere Rolle, als das etwa in den Genfer Aussprachen des Völkerbundes zum Ausdruck kommt. Dort ist eben von den treibenden Kräften, die die Weltgeschichte machen, nicht die Rede. Im Völkerbund bewegt man sich nie anders als auf einem hypothetischen und akademischen Boden. Man benutzt ihn entweder als Fassade, die das eigene Tun und wirkliche Geschehen den Augen der Welt entziehen soll. Oder wenn sich in ihm Bestrebungen befunden, die einem nicht passen, dann legt man ihn lahm. Dabei — und das ist die eindrucksvolle Lehre dieser letzten Wochen und Monate — ist dem Frieden vielleicht in Wahrheit viel besser gedient, wenn das geschieht, als wenn in das weltpolitische Geschehen nach den Vorschriften und Regeln der Genfer Einrichtung eingegriffen würde. Wer bietet uns denn Gewähr, daß wir nicht bereits in den Anfängen eines neuen Weltkrieges drin stecken, wenn den Forderungen, die der Völkerbundervertrag stellt und die entsprechend auf der eben zu Ende gegangenen außerordentlichen Versammlung erhoben worden sind, nachgelebt und gegen Japan der Sühnekrieg in Gang gesetzt worden wäre?

Ist „Völkerbunds“-Politik also nicht vielleicht unter allen Umständen eine illusionäre Politik? Eine Politik, die nicht zu dem Ziele führt, dem sie dienen will: der Gerechtigkeit und dem Frieden; und eine Politik, die zu etwas anderem führt, als in unserm eigenen und im Interesse aller Andern liegt? Sicher aber dürfen wir eins nicht: aus dem Zusammenbruch einer Welt politischer Ideale und Zielle, wie wir ihn in den vergangenen Wochen und Monaten erlebt haben, die Folgerung ziehen, daß nun überhaupt nicht mehr um die Durchsetzung und Gestaltung einer ausgleichenden Gerechtigkeit im Völkerleben gekämpft werden müsse und könne. Nur einer Erkenntnis müssen wir uns bewußt sein: Gerechtigkeit im Zusammenleben der Völker ist nicht etwas, was sich in Formeln und Regeln einfangen und zum bequemen Gebrauch für lebende und spätere Geschlechter aufbewahren läßt, sondern etwas, was, gegründet auf dem politischen Urteil und dem Verantwortungsbewußtsein der Völker und ihrer Führer, in fortwährendem Ringen und Gestalten immer wieder neu verwirklicht werden muß.

Zürich, den 12. März 1932.

Hans Döhler.

Zur politischen Lage.

Neue Konferenzen und ihr Ergebnis. - Frankreichs Donaupolitik. - Eine Hoffnung weniger. - Hindenburgwahl!

Die politischen Ereignisse überstürzen sich wieder einmal und ihr wirres Durcheinander macht es recht schwer, den eigentlichen Gang der Entwicklung zu erkennen. Der Lärm der in der Nähe sich abspielenden Vorgänge übertönt auch die Nachricht von manchem Vorgang, der vielleicht viel höhere dauernde Bedeutung hat.

Um meisten Aufmerksamkeit erregt hat in der Schweiz das Zusammentreten der Abrüstungskonferenz und der außerordentlichen Völkerbundsversammlung in Genf. Alle jene Kreise in der Schweiz, die auf eine Neugestaltung der internationalen politischen Beziehungen hoffen und daraufhin arbeiten, haben das Gefühl, daß jetzt für diese Bestrebungen eine entscheidungsvolle Stunde gekommen sei. Sie verfolgen daher die Ereignisse in Genf mit leidenschaftlicher Anteilnahme. Je nach dem Gang der Verhandlungen entstehen neue Hoffnungen und sterben wieder ab. Bereits aber erlahmt das jeweilen so kurzlebige Interesse der breiten Öffentlichkeit, bevor noch irgend eine Entscheidung gefallen ist.

Um zwei untereinander nicht in unmittelbarem Zusammenhange stehende und doch miteinander verbundene Fragen drehen sich die Genfer Verhandlungen. Von praktischer Bedeutung für die Gegenwart ist der Versuch, den Völkerbund im chinesisch-japanischen Streit doch noch zur Geltung zu bringen. Unbestreitbar ist es ja, daß das völlige Versagen des Völkerbundsrates in diesem nur allzu klaren Streite das Ansehen des Völkerbundes aufs schwerste getroffen hat. Jetzt, im allerletzten Augenblicke, sucht man noch zu retten, was zu retten ist. Zweifellos haben auch die kleinen Staaten im Völkerbunde den guten Willen, dem Recht auf dem Wege über den Völkerbund auch im fernen Osten zur Geltung zu verhelfen. Sie haben das in der jetzigen Völkerbundsversammlung deutlich bekundet. Aber durchaus unsicher ist es noch, wie weit der Erfolg dieses guten Willens reichen wird. Denn das sieht man ja deutlich genug, daß in diesem Streitfalle nicht die hunte Schar der kleineren und kleinen Staaten die Entscheidung geben wird, sondern das halbe Dutzend der Großmächte. Diese aber zeigen nach wie vor wenig Lust, ihre Machtmittel einzusetzen und sich damit in Abenteuer einzulassen, deren Ende und Tragweite heute niemand übersehen kann. Man darf sich deshalb durch das scheinbare Nachgeben der Japaner und durch die verhältnismäßige Ruhe im fernen Osten nicht täuschen lassen. Tatsächlich beharren ja die Japaner auf ihren Stellungen und man darf mit aller Bestimmtheit erwarten, daß sie ihre Herrschaft in der Mandschurei durch keine Völkerbundbeschlüsse werden antasten lassen. Es wird deshalb recht interessant sein zu beobachten, wie sich die Leiter des Völkerbundes schließlich aus dieser Zwickmühle befreien werden.

Praktische Bedeutung in der allernächsten Zukunft werden im Gegensatz zu der eben erwähnten mandschurischen Frage die Abrüstungsverhandlungen kaum gewinnen. Der erste Ansturm mit dem großen Ringen um die Gewinnung der öffentlichen Meinung ist vorüber. Die großen Reden zum Fenster hinaus sind gehalten. Jetzt wird in den Kommissionen wiederum der alte Kampf durchgesuchten, der die Schwächung des Gegners ohne eigene Schwächung zum Ziele hat. Führer ist dabei Frankreich, das sich unter der geschickten Hand Tardieu's eine Reihe von Anfangserfolgen geholt hat. In diesem Kampfe aller gegen alle sind aber noch so viele Überraschungen möglich, daß heute niemand etwas über den Ausgang sagen kann oder wenigstens nicht mehr sagen kann, als daß die Aussichten für einen greifbaren Erfolg nach wie vor gering sind. So wird sich noch genug Gelegenheit bieten, auf diese Fragen zurückzukommen!

Während so in Genf über die Neuordnung der Beziehungen zwischen den Völkern und über die dafür aufzustellenden oder heute schon geltenden Formen gestritten wird, wird gleichzeitig in Europa an so manchem alten Kampfpunkte heftig gerungen. Die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die gegenwärtig alle Staaten erleben müssen, geben vielfach den Anlaß dazu.

So versucht Frankreich neuerdings seinen alten Plan eines Zusammenschlusses der österreichischen Nachfolgestaaten unter französischer Führung zu verwirklichen. Das alte österreichisch-ungarische Doppelreich hat man zerschlagen und versucht jetzt wieder etwas Neues zusammenzuflicken. Das alte einheitliche Band im Donaubecken wurde zerschnitten, weil es Russland, Italien und Frankreich als störend und hemmend empfanden. Jetzt suchen sowohl Italien wie Frankreich eine Einigung jeweilen in ihrem Interesse zu Stande zu bringen und dabei hat wieder einmal Frankreich die Oberhand und die Führung entsprechend seiner wiederum so mächtigen Stellung in Europa gewonnen. Es hält heute wohl Österreich und Ungarn infolge der Wirtschaftsnot für genügend mürbe, um sie mit seinen drei bewährten Vasallen Rumänien, Südslawien und Tschechoslowakei zusammenzuspannen und damit Deutschland im Südosten und Italien im Nordosten völlig abzuriegeln. Dabei darf man sich durch das angebliche Heranziehen Deutschlands zu dieser Gruppierung nicht täuschen lassen; das Ziel Frankreichs bleibt trotzdem die eigene Herrschaft im Donaubecken und die weitere Einkreisung Deutschlands und die Absperrung Italiens. Diesem Ziel strebt Frankreich mit einer erstaunlichen Zielbewußtheit zu, der man die Bewunderung nicht versagen kann. Freilich so rasch wird es nicht zum Ziele kommen, da die Widerstände zu lebhaft sind, und Italien wird sich sicher mit allen Mitteln gegen eine Durchführung der italienischen Pläne zur Wehr setzen. Das läßt voraussehen, daß es im Donaubecken in den nächsten Monaten lebhaft zugehen wird.

Dabei muß mit aller Deutlichkeit betont werden, daß Frankreich heute im Donaugebiet unter dem Deckwort der Neugliederung Europas nichts anderes betreibt als Machtpolitik der alten Art. Wieder verwendet es in geschickter Weise die Schlagworte einer neuen Zeit für seine traditionelle Politik. Man darf sich aber dadurch nicht irreführen lassen. Auf diesem Wege gelangt man nicht zu einem organischen Neuaufbau Europas, sondern bloß zu einem neuen Machtssystem, eben dem französischen!

Die Aussichten für einen europäischen Neuaufbau erscheinen auch sonst heute trotz dem wirtschaftlichen Druck keineswegs günstig. Im Gegenteil, man muß feststellen, daß gerade jetzt wieder sehr viel geschieht, das das europäische Klima aufs schwerste bedroht; man muß einen Rückschritt an den verschiedensten Stellen festnageln. Nirgends wird einem das deutlicher, als wenn man die Gestaltung des Minderheitenproblems verfolgt. Auf die Bedeutung einer befriedigenden Regelung des Schicksals der nationalen Minderheiten für die Gestaltung der europäischen Zukunft brauche ich an dieser Stelle nicht mehr hinzuweisen. Nichts ist geeigneter, jede Einigungsmöglichkeit in Europa sicher zu vernichten, als die grenzenlose Erbitterung über die Mißhandlung der nationalen Minderheiten, die Tag für Tag von neuem die Völker erfaßt. Deshalb war auch die Minderheitenbewegung mit allen Bestrebungen zur Regelung des Loses der nationalen Minderheiten ein so wichtiger praktischer Schritt nach einem neuen, besser gefügten Europa hin!

Was ist aber heute von diesen hoffnungsvollen Bestrebungen verwirklicht worden, was ist auch nur von den vorhandenen Ansätzen erhalten geblieben? Wenig, blutwenig! Das Los der nationalen Minderheiten ist so unsicher wie nur je und fast alle stehen in einem ständigen, aufreibenden Kampfe um die primitivsten Lebensrechte. Man denke an Südtirol oder an Elsaß-Lothringen! Neuerdings fällt auch so manches zusammen, was an hoffnungsvollen Ansängen in den Nachkriegsjahren erreicht worden war. Ein Beispiel dafür ist Lettland. Dort hat zwar der lettische

Nationalismus in der ersten Zeit nach dem Umsturz von 1918 und nach der Entstehung eines selbständigen Lettlands erhebliche Triumphe gefeiert. Dann aber ist es allmählich zur Herausbildung eines erträglichen Gleichgewichtszustandes gekommen. Lettland gewährte seinen nationalen Minderheiten einigermaßen Atemfreiheit und vor allem eine befriedigende Regelung der Schulverhältnisse. Seit einiger Zeit aber ist der lettische Nationalismus wiederum bestrebt, die Minderheiten nach Kräften zu erbittern und vor den Kopf zu stoßen. Es ist gerade, wie wenn man die frühere Vernunft bereuen würde, so unvernünftig führt man sich heute auf. Die Hauptache haben dabei die Deutschen auszuhalten, aber auch die Russen, die Polen usw. bleiben nicht verschont.

Ist so hier ein empfindlicher Rückschritt zu verzeichnen, so wechseln in den meisten andern Staaten erfreuliche und unerfreuliche Ereignisse für die Minderheiten ständig ab, wobei die unerfreulichen meist erheblich zahlreicher sind. Die heutige Zeit mit der Lockerung des Rechtsgefühls, mit der Allmacht des Staates und mit den vielen politischen und wirtschaftlichen Schwankungen gibt ja genügend Gelegenheit zum Missbrauch der Macht gegenüber den Minderheiten. So ergibt sich insgesamt eine sehr traurige Bilanz, die Europa um eine Hoffnung ärmer macht. Was hilft es unter solchen Umständen, wenn man große Declamationen über die gemeinsamen Interessen der europäischen Völker und über die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses veranstaltet? Es handelt sich darum, praktische Wege zum europäischen Zusammengehen zu finden, und heute ist man eifrig daran, jeden gangbaren Weg zu vermauern und zu verrammeln!

Um bezeichnendsten für diese Fortentwicklung der Dinge scheint mir immer wieder das Verhalten Litauens zu sein. Wir haben in den letzten Wochen wieder erleben können, wie sich dieser kleine Räuberstaat unbekümmert über alle unterzeichneten Verträge hinwegsetzt, die von den europäischen Großmächten garantiert sind. Wir haben es mit angesehen, wie der Völkerbund dem festen Willen Litauens gegenüber nichts machen konnte oder wollte. So reisen denn auch im Memelgebiet die Dinge einer neuen gewaltsamen Entscheidung entgegen. Was aber taugt eine Rechtsordnung, die von einer beliebigen Gewaltregierung eines mühsam auf einem Beine sich aufrecht erhaltenden Staates in aller Öffentlichkeit hohnlächelnd verspottet werden kann? Ist das ein Fingerzeig in eine hoffnungsvolle Zukunft?

* * *

Inzwischen schleppen die einzelnen europäischen Staaten ihre Bürde weiter. Frankreich merkt nach und nach auch etwas von der Wirtschaftskrise, wenn auch immer noch recht wenig. Die neutralen Staaten mit ihrer fest gefügten Wirtschaft sind schwer betroffen. Die Agrarstaaten des Orients aber und die Besiegten des Weltkrieges müssen außerordentlich hart durch, mit oder ohne französische Kredite.

Unter dem Druck dieser Entwicklung steht auch die Gestaltung der inneren Lage Deutschlands. Sehr weite Kreise der Bevölkerung sind hier so weit gekommen, daß sie nach jeder, auch der phantastischsten Hoffnung greifen. Die Gegenwart erscheint so schlimm, daß die Zukunft kaum mehr etwas Schlimmeres bringen kann. Also ist man zu jedem Abenteuer bereit und geneigt, jede Versprechung auf ihren Inhalt durch die Tat nachzuprüfen. Aus dieser Geistesinstellung zieht manche religiöse Bewegung ihren Nutzen, aber ebenso auch der politische Radikalismus. Das ist kein Wunder, während es schon eher ein Wunder zu nennen ist, daß unter einer solchen Belastung die feste Form des Staates und die Unabhängigkeit der Massen an das Altbewährte immer noch Stand gehalten haben.

Wohl erkennt man, daß die Notzeit dem Kommunismus Auftrieb verschafft hat und Moskau nützt diese Gunst der Lage weidlich aus. Aber immer noch ist diese Bewegung bei weitem nicht so fortgeschritten, daß sie zu einer eigentlichen Gefahr werden könnte. Unter Verhältnissen wie 1918, bei einem allgemeinen Z-

sammenbruch der staatlichen Macht, wäre der Kommunismus allerdings näher an seinem Ziel als vor 15 Jahren. Aber heute ist man in Deutschland in der Be-handlung der äußersten Linken schon so erfahren, daß da nichts zu befürchten ist. Die kommunistischen Massen in den Großstädten und Industriebezirken werden die Polizei nicht mehr überrennen können, wenn nicht Bürgerkrieg ist oder ein äußerer Feind alle Kräfte in Anspruch nimmt.

Weit stärker ist der Zugang unter dem Drucke der Not auf der äußersten Rechten, bei den Nationalsozialisten. Hier ist noch eine unverbrauchte Idee und eine unverbrauchte Kraft, der man etwas zutrauen kann. Deshalb schwält die Bewegung immer weiter an und bohrt sich auch den alten über einen gewaltigen Apparat verfügenden Parteien allmählich ins Lebensmark. Die Sozialisten merken das stark und auch das Zentrum spürt es bereits. Völlig zerrieben werden die vielen kleinen Gruppen ohne großen Parteiapparat, ohne feste Tradition, ohne starken Zusammenhang. Die zerspaltene bürgerliche Mitte sinkt so allmählich zur Bedeutungslosigkeit herunter.

Diese Entwicklung hat sich wiederum bei der soeben vollzogenen Reichspräsidentenwahl gezeigt, über die nun die ersten vorläufigen Zahlen vorliegen. Die Lage hieß für war allerdings eine äußerst verwinkelte. Vor dem Ansturm der Nationalsozialisten scheint heute all den früheren Gegnern Hindenburgs in seiner Persönlichkeit die einzige Rettung zu liegen. Weder die Sozialisten noch das Zentrum noch die Demokraten haben es heute auf eine eigene Kandidatur ankommen lassen. Alle verkrochen sich hinter Hindenburg, hinter der einwandfreien Persönlichkeit mit dem gewaltigen Namen. So ergab sich eine völlig veränderte Front gegenüber der letzten Reichspräsidentenwahl. Die Nationalisten haben mit den Regierungsparteien nicht zusammenspannen wollen und sind deshalb mit eigenen Kandidaturen aufgetreten. Sie wollten eben nicht mehr warten mit dem Ergreifen der Macht; wenn das mit Hindenburg nicht ging, so sollte es eben ohne ihn gehen. Ob die Leute um Hitler wiederum wie bei dem Münchener Putsch nicht haben warten können? Denn darüber mußte man sich doch klar sein, daß die persönlichen Bindungen an Hindenburg Millionen von Wählern und vor allem Wählerinnen zur Stimmabgabe für Hindenburg bewegen würden, die sonst nie und nimmer für die Linke eingetreten wären: Das Persönliche läßt sich eben aus der Politik nicht ausschalten.

Der erste Wahlgang hat denn auch eindeutig in diesem Sinne entschieden. Nicht einmal die Tatsache, daß heute kein anderer Linkskandidat aufgestellt war als Thälmann hat den Kommunisten Zuwachs zuführen können. Die Deutschnationalen haben mit ihrem Kandidaten einen sehr magern Erfolg gehabt. Die Nationalsozialisten haben auf Hitler eine sehr respektable Stimmenzahl vereint, die ein erneutes starkes Anwachsen ihrer Bewegung verrät. Über alle aber ist Hindenburg weit hinausgekommen. Die sozialistischen Arbeiter müssen ihm restlos gestimmt haben und dazu Millionen aus dem nationalen Lager. Die Persönlichkeit hat obenaus geschwungen und zwar verdienter Maßen. Die „nationale Opposition“ hat sicher eine schwere taktische Niederlage erlitten, die ihrem Mangel an psychologischem Verständnis zu verdanken ist. Gerade diese Kreise hätten gegen Hindenburg nicht offen Front machen dürfen.

Aus dieser Lage ergibt sich eine sehr schwierige Entscheidung für den zweiten Wahlgang und eine erneute Verstärkung des innerpolitischen Durcheinanders in Deutschland. Es ergibt sich aber auch eine erneute Verstärkung der Staatsgewalt und eine Betonung der Politik der vernünftigen Mitte.

Urau, den 14. März 1932.

H e k t o r A m m a n n.

Bericht aus dem Deutschen Reiche.

Die deutsche Politik steht nach wie vor im Zeichen der nationalen Opposition, welche in einem eigentümlichen Minderwertigkeitsgefühl ihre eigene Bedeutung unterschätzt. Der Begriff des Zusammenspiels und der Zusammengehörigkeit von Regierung und Opposition ist bei uns so wenig durchgedrungen, daß die Opposition ihr einziges Ziel in der Ergreifung der Macht erblickt. Ganz selten kommt ihr der Gedanke, daß die Oppositionspolitik als solche schon eine politische Leistung mit bedeutsamen politischen Eigenwirkungen sein könne.

Diese Gegenwirkungen sind seit zwei Jahren im Reiche vorhanden und von seltener Tragweite. Mit Hilfe der nationalen Opposition hält Brüning den Marxismus in einer Weise in Schach, wie dies seit 1914 nicht mehr der Fall war. Wer noch daran zweifelte, daß die Linke in ihrer überlieferten Gestalt verloren ist, daß für eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie die Zukunft in der Vergangenheit liegt, weil keine Idee sie mehr befruchtet und kein junger Mensch mehr für sie aufsteht, der dürfte durch die letzten Jahre eines Besseren belehrt sein. Die Angst vor dem Faschismus läßt sie alles schlucken, treibt nationale Leitartikel in die Federn ehemals überzeugter internationaler Klassenkämpfer. Worum seit 15 Jahren vergeblich in Deutschland gerungen wurde, ist nun erreicht: die allgemeine Nationalisierung, das Erwachen der Nation. Es gibt zur Zeit keinen Menschen in Deutschland, der beispielsweise die Weiterzahlung der Tribute auch nur in Erwägung ziehen dürfte.

Brüning, der über die Bureaucratie und Hindenburg, der über die Reichswehr herrscht, bilden zusammen den tertius gaudens zwischen der Rechten und der Linken. Die Mitte ist an und für sich nichts mehr als ein Abstimmungsapparat, da ja der deutsche Reichstag mittlerweile zum bestbezahlten Aufsichtsrat des Reiches geworden ist. Brünings Macht beruht darauf, daß er zum „System“ gerechnet wird, es auch bis zu einem gewissen Grade erhält, praktisch aber gegen das System regiert und wirkt. Er steht im Grunde weit rechts und kann nur eine konservative Politik machen, weil die Opposition ihm die Niederhaltung des Liberalismus ermöglicht. Deshalb ist auch die Front, die Brüning stützt, viel breiter, als sie parlamentarisch in Erscheinung tritt. Hinter dem Reparations-Nein Brünings steht praktisch die ganze Nation und auf einer Lausanner Konferenz dürfte kein Staatsmann eine stärkere Stellung haben denn Brüning. Obwohl ich selber der nationalen Opposition mich geistig zurechne, bin ich doch dagegen, daß die großen außenpolitischen Verhandlungen von einem deutschen Rechtskabinett geführt werden. Ein solches müßte nachgiebiger sein als Brüning, weil es auf keine Opposition verweisen kann, ihm das Odium des Nationalismus anhaftet und das Ausland mit der deutschen Linken tehtelmechteln würde.

Aus diesen außenpolitischen Gründen ist die Wiederaufstellung Hindenburgs als Reichspräsidentschaftskandidat ein Glück. Abrüstungs- und Reparationskonferenz wird besser von einer Regierung durchgefämpft, hinter welcher offiziell die sozialdemokratische Partei steht, vorausgesetzt, daß dieselbe nichts zu sagen hat, wie dies heute der Fall ist. Die Agitation der neuen französischen Machthaber ist schon so übersteigert, daß eine nationalistische Regierung in Deutschland gefährliche Ausbrüche in Paris befürchten ließe. Frankreich fühlt seine zunehmende Isolation, spürt die Friedlosigkeit Europas, das unter seiner Hegemonie nicht zur Ruhe kommen will und nicht kann. Den mitteleuropäischen Raum in dauernder Ohnmacht zu halten, wird ihm nicht gelingen; das Versailler System ist als Quell der Unarchie entlarvt. Die Weltmeinung wandelt sich rasch und unaufhaltsham. Der einzige feste Halt in dieser Flut dahinschwimmender Illusionen ist der französische Militarismus. Kein Wunder, daß bei dieser hilflosen und unschöpferischen Lage in Frankreich der Gedanke an Boden gewinnt, Europa in ein Abenteuer bewaffneter Art zu stürzen.

Der innere Zustand Frankreichs ähnelt dem des Jahres 1913. Die polnische Presse fordert offen den Überfall auf Danzig und Ostpreußen, die Litauer haben im Memelland einen „Probealarm“ geblasen: eine europäische Gesamtsituation, in welcher alles von den kühlen Nerven des deutschen Volkes und seiner Lenker abhängt.

Viele außerhalb der deutschen Grenzen werden den Widerstand gegen die Präsidentschaft Hindenburgs — gerade nach den obigen Ausführungen — nicht begreifen. Sie vergessen zunächst, daß die inneren Zustände im Reiche nach Entscheidungen rufen. Bei aller Verehrung für den Feldmarschall weiß man aber, daß seine Präsidentschaft Entscheidungen verhindern wird. Das hohe Alter sowohl als auch die im Grunde „unpolitische“ Einstellung des großen Marshalls erlauben den Austrag großer Gegensätze nicht. Alle Entscheidungen werden vertagt und deshalb ist es verständlich, wenn auch die Reichsbureaucratie und die Reichswehr es lieber gesehen hätten, wenn einer aus ihren Reihen für sieben Jahre gewählt worden wäre, um dieses grandiose Spiel gouVERNEMENTALER Ausnützung der Mittelposition zwischen links und rechts fortzusetzen. Aber sowohl Gröner als auch Brüning sind sich darüber klar, daß die Mitte über keinen Mann verfügt, der nur einigermaßen die Popularität Hindenburgs ersetzen könnte. Der zweitpopulärste Mann in Deutschland heißt Adolf Hitler und deshalb wäre unter Umständen im zweiten Wahlgange diesem die relative Mehrheit zugefallen, wenn ein „Systempolitiker“ (z. B. Gessler) als Gegenkandidat Hitlers aufgetreten wäre. Deshalb ist der Feldmarschall zur Zeit unentbehrlich.

Die Opposition hat von ihrem Standpunkt aus Recht, wenn sie in der Wiederwahl Hindenburgs eine Verlängerung des „Systems“ erblickt. Sie lehnt nicht die Person Hindenburgs ab, sondern den politischen Schutz Brünings; sie wendet sich nicht gegen die Einstellung Hindenburgs in den großen Fragen der Politik, sondern gegen den Reichspräsidenten, der die Rechte nicht ans Ruder kommen läßt. Sie über sieht wahrscheinlich die Tragweite der eben ausgeführten außenpolitischen Gedankengänge, unterschätzt vielleicht auch die Stärke der Linken. So sehr diese heute durch das Vorhandensein der Rechtsopposition gelähmt ist, so aktiv könnte sie vorübergehend noch einmal werden, wenn sie aus der Verantwortung entlassen, sich mit der Mitte zu brutalem Widerstand gegen eine event. Rechtsregierung zusammenfände. Zwar kann derjenige, der Politik aus geschichtlichem Gefühl heraus treibt, der Linken niemals eine Regeneration von Dauer prophezeien. Aber die Möglichkeit eines Johannestriebs kann man ihr umso mehr zubilligen, als die Rechte noch nicht fertig, ihre geistige Durchdringung noch nicht vollendet ist. Vielleicht erlaubt auch die außenpolitische Situation noch nicht jenes Maß von Bewegungsfreiheit, ohne das der deutsche Nationalismus sich niemals schöpferisch entfalten kann. Aber das alles sind Erwägungen, die innerhalb der „Harzburger Front“ zur Zeit nicht durchdringen, weil dieselbe in ihrem Machtwillen unabirrbar und von ihrem End siege überzeugt ist.

Der taktische Weg, der zur Wiederwahl Hindenburgs begangen wurde, war ebenfalls nicht geeignet, die Rechte zu seinem Betreten zu verlocken. Wer sich erinnert, mit welchen Schmähungen die große demokratische Presse vor sieben Jahren die Wahl Hindenburgs bekämpfte, darf sich nicht wundern, wenn die Rechte, die damals den Feldmarschall auf den Schild hob, in der heutigen „Ullsteinbegeisterung“ für Hindenburg lediglich politische Taktik sieht. Der Anstoß zur Wiederwahl Hindenburgs ging nun von München aus. Wie aber die Sache in Berlin weiter betrieben wurde, war wenig erfreulich. Herr Sahm, der von Danzig gekommene neue Oberbürgermeister Berlins, war noch in der antiquierten Vorstellung befangen, als müsse man in Deutschland um die Linke werben. Es ging aber im Gegenteil darum, die nationale Opposition nicht zu verpressen und ihr die Wiederwahl Hindenburgs zu ermöglichen. Dies wurde versäumt und so die schon ins Wanken gekommene Harzburger Front wieder neu gefestigt.

Vorläufig allerdings nur in der Negation. Auch Harzburg bot dieses Bild der Rivalität zwischen Hugenberg und Hitler. Hat dieser Phantasie und revolutionären Elan, so jener den harten Willen und eine gewisse staatsmännische Überlegenheit. In Harzburg siegte Hugenberg über Hitler zum ersten Male. Bei der Brüning'schen Aktion zur parlamentarischen Verlängerung der Reichspräsidentschaft Hindenbergs rang er Hitler zum zweiten Male nieder. Man sagt, Brüning, Gröner und Hitler seien sich einig gewesen, bis Hugenberg dazwischen gefahren wäre. Was in den nächsten Wochen nun geschieht, die Einigkeit der nationalen Opposition nach außen hin herzustellen, weiß niemand. Die Aufstellung Hindenbergs hat die deutsch-nationale Partei in schwere Verlegenheit versetzt, besonders den Stahlhelm (dessen Ehrenvorsitzender Hindenburg ist) und auch die Nationalsozialisten tun sich schwer in der Bekämpfung des deutschen Nationalheros. Andererseits dürfte Hindenburg nicht abgeneigt sein, eine Geste nach rechts zu machen, die wahrscheinlich darin besteht, daß er irgendwelche Pläne, die Preußenwahlen zu verzögern, verhindern dürfte.

So sehen wir im Reiche ein erbittertes Ringen der Diktaturanwärter (Reichswehr und Bürokratie mit Brüning - Hugenberg - Hitler) um die Macht. Die Linke und die Mitte schaut dabei zu und dürfte solange keine bedeutsamere Rolle bei dem ganzen Spectaculum spielen, als nicht die Rechte eine entscheidende Dummheit macht. Denn das Verhängnis der Linken ist, daß sie in jener Zeit, da sie die Möglichkeiten hatte, den deutschen Diktator zu stellen (Moske), in userlösen Parlamentarismus verfiel. Da dessen Zeiten endgültig vorüber sind, wächst die Macht zwangsläufig den Diktaturanwärtern zu.

Aber es ist selbstverständlich, daß Deutschland auf die Dauer nicht mit dem Artikel 48 regiert werden kann. Ein Notparagraph ist keine Verfassung, sondern ein Instrument, sie außer Kraft zu setzen. Einmal also muß ein neues Staatsgrundgesetz geschaffen werden, einmal gilt es, den Ereignissen nicht nachzuhinken, sondern sie schöpferisch zu gestalten. Dann schlägt die Stunde der Entscheidung, dann wird sich zeigen, wohin die politische Initiative innerhalb des deutschen Volkes gewandert ist. Für mich besteht kein Zweifel, daß dem deutschen Nationalismus die geistige und politische Zukunft gehört. Ob er aber schon reif für sein großes revolutionäres Werk ist, kann bezweifelt werden. Noch ist die Synthese zwischen den geistigen und politischen Kräften nicht vollzogen. Zwar achtet jeder ernsthafte Geistige heute in Deutschland die Dynamik und die Ethik der nationalen Bewegung. Aber es sind nicht wenige, die deren politische Schöpferkraft zur Zeit noch bezweifeln. Deshalb sehen sie in Brüning und Hindenburg nicht nur die Liquidatoren der defaitistischen Epoche Nachkriegsdeutschlands, sondern auch den Schirm, hinter welchem sich der Aufmarsch der neuen Front vollzieht. Es ist nun eine Frage der Einsicht und der Überzeugung, als wie weit gediehen man den deutschen Reisungsprozeß ansieht. Die einen sagen, „es ist so weit“, die anderen warnen, weil sie die Kompliziertheit deutschen Wesens und deutscher Entwicklung aus der Geschichte erkannt haben. Sie scheuen auch zurück, die letzte deutsche Reserve frühzeitig einzusezen. Denn aus allem wird immer klarer, daß Frankreich die letzte Gelegenheit gekommen sieht, das Weltbild in seinem Sinne zu gestalten. Der deutsche Regenerationsprozeß darf deshalb durch keine Abenteuer auf das Spiel gesetzt werden. Rückschläge sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wäre deshalb für die Führer der nationalen Opposition im Reiche wünschenswert, wollten sie die tiefen Zusammenhänge und die Einheit aller politischen Kräfte in Deutschland erkennen und als das letzte Ziel der Opposition nicht die alsbaldige Machtergreifung, sondern die Ausbalancierung der nationalen Kräfte sich immer vor Augen halten. Die Reichspräsidentenwahl, ihr Verlauf und ihr Ausgang wird im Gesamtbilde vieles klären und mein nächster Bericht, den ich nach der Wahl erstatte, ist wahrscheinlich

an Problematik ärmer, an positivem Wissen reicher. Hoffentlich ein Wissen, das den Glauben an die wachsende Selbstbesinnung des deutschen Volkes stärkt.

München, Mitte Februar 1932.

Edgar J. Jung.

Kultur- und Zeitfragen

Die „faulen“ Neger.

Eine Pariserin reist per Auto durch den Kongo. Auf den kleinsten Stationen begrüßen sie freudig blickende Neger. Der Tisch des Kommandanten ist einladend und geschmackvoll gedeckt. Er sagt ihr die süßesten Liebenswürdigkeiten. Huldvoll schenkt sie drum mancher Station die Ehre eines vollen Tagesbesuches. Weidlich weiß wie sie wieder zuhause ist, schreibt sie ein Buch über die Schwarzen. Weidlich weiß sie sich zu entrüsten, daß es so schwer sei, den Negern Bedürfnisse beizubringen. Oft finde sich nichts in einer Hütte als eine Matte und ein irdenes Gefäß. Es brauche gewaltige Anstrengung, bis der Neger nur einsehe, daß zwei Matten bequemer als eine. Ist zwar der erste Schritt getan, so folgen die weiteren mühelos. Sieht der Schwarze in einem Laden bunte Tücher vor sich liegen, so wünscht er sie sicherlich auch zu erwerben. Und da er das einzig kann, wenn er sich zur Arbeit entschließt, unterzieht er sich ihrer. Solange arbeitet er jetzt, bis das Geld zum ersehnten Ankauf beisammen ist. Nun freilich hat unsere Pariserin Grund zu noch weiterer Empörung. Die Unpassung des Primitiven an unser Wirtschaftssystem geht ihr viel zu wenig geschwind vonstatten. Ein bis zwei Tage Arbeit genügen dem Neger der einzigen Matte, seinen nächsten Wunsch zu befriedigen. Glücklicherweise gelangt sie später in andere Gegenden, die schon soweit zivilisiert sind, daß die Schwarzen acht und zehn Tage im Monat arbeiten. Und zuletzt darf sie wieder nach Europa zurückkehren, wo alle Leute zivilisiert sind und sich unaufhörlich placken und doch jeden Tag neue Bedürfnisse in sich entdecken, die zu befriedigen sie künftig noch mehr arbeiten werden.

Merkwürdig eigentlich, daß jene Neger, die vollkommen von der Zivilisation belebt worden sind, das Argernis sowohl ihrer weißen wie schwarzen Brüder erregen. Roger Martin du Gard berichtet auf Grund seiner Reise in Westafrika, die senegalesischen Schützen, die aus Frankreich in ihre Dörfer zurückkehrten, seien allgemein als Zerstörer der Sitten und wahrhaft heilloses Pack gefürchtet. Anderseits: wissen unsere Landsleute, die Amerika besuchten, nicht immer wieder von der abgrundtiefen Melancholie zu erzählen, auf denen die Lustigkeit des Jazz zuletzt aufgebaut ist? Verhält es sich nicht so, daß hinter diesem eigenartigen Beitrag Amerikas zur Zivilisation im tiefsten Grunde die Sehnsucht des von der Maschine zerstörten Weißen steckt, die Sehnsucht nach der Unbekümmertheit des seine Feste rauschhaft feiernden schwarzen Naturmenschen? Da aber der Jazz nicht von Negern erzeugt wird, sondern von Weißen — oder, wenn von Negern, doch nicht von unzivilisierten, sondern von amerikanisierten —, so ist es kein naturhafter Triebtaumel, der daraus spricht. Es ist nur die Groteske davon. Die rauschende Orgiastik Afrikas — im Jazz ist sie verzerrt ins Frauentheite! Völlig klar wird es im synchronisierten Film, wo sich die musikalische Fraze der zeichnerischen in widerlichster Weise vermählt.

Steht nun aber — gewichtige Frage — diese geheime Sehnsucht nach Afrika nicht in Beziehung zu unserem Verhältnis zur Arbeit? Wie, wenn es nicht mehr stimmte mit ihrer Heiligkeit, wie, wenn das „Arbeiten und nicht verzweifeln“